

Geldautomaten-Bomber: Dank an Polizei für schnelles Eingreifen

Nachdem die Sparkassenfiliale in Castrop-Rauxel in der Nacht zu Donnerstag Ziel von Geldautomatensprengern war und total zerstört wurde, hat CDU-MdB Michael Breilmann den Einsatzkräften der Polizei Recklinghausen für ihr schnelles Eingreifen vor Ort gedankt. Zugleich mahnte er ein konsequentes Vorgehen gegen Automaten-Bomber an. Nicht nur die Zahlen stiegen, auch die Brutalität habe zugenommen: „Es gibt große Sorgen von Anwohnern wegen solcher Sprengungen, wir müssen Handeln bevor es Todesopfer gibt“. Dabei setzt das Innenausschussmitglied auch auf die vom NRW-Innenminister bereits Anfang Mai eingerichtete Sonderkommission BEGAS. „Lob für diese gezielte Offensive von Herbert Reul: Wir müssen Fahndungsdruck und Kampf verschärfen und die Gangster unschädlich machen“, so MdB Breilmann.

Wohneigentum: Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen

Der Bundestag hat am Freitag auf Initiative der CDU/CSU über Wohnungseigentum und Gebäudeeffizienz debattiert. Mit dem Antrag [„Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen“](#) fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion u.a. Planungs- und Investitionssicherheit für Bauherren. Nach dem Willen der Union soll die Bundesregierung den energieeffizienten Neubau stärker fördern und es den Ländern ermöglichen, beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 € pro Erwachsenen und 150.000 € pro Kind einzuführen. Die Fraktion fordert, die Bereitstellung des Baukindergeldes für bereits genehmigte Bauvorhaben sicherzustellen, „um Familien nicht eine wesentliche Grundlage



Begründete in der Debatte die aktuelle Initiative der Unions-Fraktion zum Wohneigentum: der bau- und wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Jan Marco Luczak (Foto: CDU/CSU)

der Finanzierung ihres Wohneigentums zu entziehen“. Außerdem soll die Bundesregierung den erstmaligen Erwerb selbstgenutzter Immobilien insbesondere für Familien mit geringen und mittleren Einkommen fördern. Hierzu sollen das KfW-Wohneigentumsprogramm ausgeweitet und staatlich abgesicherte Mietkaufmodelle entwickelt werden. Diese sollen Kriterien wie die Anzahl der Kinder, Einkommensverhältnisse sowie Gestaltungsmerkmale wie flexible Grundrisse und Quadratmeterverbrauch pro Kopf berücksichtigen. Die Unionsfraktion kritisiert, dass die Bundesregierung am 24. Januar 2022 „vorzeitig und ohne Vorwarnung“ die Bundesförderung für effiziente Gebäude gestoppt habe. Sie entziehe so Bauherren – Familien, Kommunen und Unternehmen

– die Finanzierungsgrundlage. Das Angebot, die KfW-Förderung mit halbierten Fördersätzen, befristet und in der Höhe gedeckelt, wiederzubeleben, sei nach wenigen Stunden ausgeschöpft gewesen. „Das selbstgesteckte Ziel von 1,6 Millionen neuen Wohnungen in dieser Legislaturperiode rückt so in weite Ferne“, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann: „Die Bürger müssen sich auf staatliche Förderzusagen verlassen können. Die Lebensplanung vieler Familien auch in der Region hängt daran. Wir fordern verlässliche Rahmenbedingungen für geförderten Eigentumserwerb und klimafreundliches Bauen. Wir dürfen Familien nicht mit den steigenden Baukosten allein lassen“, so das Bauausschussmitglied.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

Nancy Faeser hat ein Problem mit dem Begriff Heimat. „Wir müssen den Begriff Heimat positiv umdeuten und so definieren, dass er offen und vielfältig ist. Und



dass er ausdrückt, dass Menschen selbst entscheiden können, wie sie leben, glauben und lieben wollen. Das wäre ein Gewinn für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, twitterte die SPD-Ressortchefin des Innern und für Heimat am Dienstag. Offensichtlich denkt sie, Begriffe ließen sich beliebig umdeuten und empfindet „Heimat“ als negativ. Was will sie umdeuten? Für mich war „Heimat“ nie negativ, hat keine politische Schlagseite. Heimat sind meine Kindheit und das Elternhaus. Die richtige Deutung oder Definition des Begriffs möchte ich nicht in die Hände der Ministerin legen.

Tagtäglich setzen sich in NRW ehrenamtliche Frauen und Männer für den Erhalt von Traditionen, für die Pflege des Brauchtums, für Erhaltung und Stärkung des regionalen Erbes und der Vielfalt ein. Sie tragen dazu bei, dass unsere Traditionen und Werte bewahrt und nach vorne entwickelt werden und sie geben diese an die nächste Generation weiter. Heimat ist Lebensqualität und schafft Verbundenheit in Zeiten, wo uns Vieles zu trennen scheint. Ich verstehe Faeser nicht: Wir brauchen keine ideologischen Heimatumdeuter sondern Heimatbewahrer. Bleiben Sie gesund!

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



Extremismus in Sicherheitsbehörden bekämpfen

Innenministerin Faeser und Verfassungsschutzpräsident Haldenwang haben den aktuellen Lagebericht „Rechts-extremisten, "Reichsbürger" und "Selbstverwalter" in Sicherheitsbehörden“ vorgestellt, eine Weiterentwicklung des 2020 durch BMI Seehofer vorgestellten Lagebilds. 860 Fälle wurden ausgewertet, davon 176 Fälle bei Sicherheitsbehörden des Bundes (Bundespolizei, BKA, Bundestagspolizei, Zoll, BND, Bundeswehr mit 355.100 Beschäftigten) und 684 Fälle in Landesbehörden. Bei 327 Bediensteten wurden Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen festgestellt: 138 auf Bundes- sowie 189 auf Landesebene. Arbeits- und disziplinarrechtliche Maßnahmen wurden eingeleitet. Die Zahl ist angestiegen, was der Aufnahme des "Reichsbürger"- und "Selbstverwalter"-Spektrums und den Bundeswehrfällen geschuldet ist.

CDU-MdB Michael Breilmann: „Danke an alle beteiligten Behörden für die erfolgreiche Arbeit! Es gibt eine klare Vorbildfunktion des Öffentlichen Dienstes, daher zieht jeder bewiesene Fall leider alle Beschäftigten in Mitleidenschaft“. Jeder Einzelfall müsse konsequent aufgeklärt und rigoros verfolgt werden, so das Mitglied im Innenausschuss. „Null Toleranz bei extremistischen Aktivitäten - wir klären auf und verfolgen rigoros. Aber: Die ganz überwiegende Mehrheit der Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden, denen ich für ihren Dienst danke, steht fest auf dem Boden des Grundgesetzes“, so Breilmann.

Erster Meinungsaustausch mit Zentralrat der Juden



Als Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Antisemitismusbekämpfung hatte CDU-MdB Michael Breilmann am Dienstag erstmals die Möglichkeit zum ausführlichen Meinungsaustausch mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland: „Vielen Dank an Daniel Botmann für das sehr konstruktive Gespräch, aus dem ich viele Anregungen für meine Arbeit mitnehme. Ich freue mich auf eine Fortsetzung des Dialogs“, so MdB Breilmann im Anschluss. Rechtsanwalt Daniel Botmann, Geschäftsführer des Zentralrats, führt seit 2014 die Geschäfte im Berliner Leo-Baeck-Haus. (Bild: privat)

Einsatz für Demokratie und Toleranz ausgezeichnet



Um den Einsatz für vorbildliche Projekte aus der Zivilgesellschaft zu würdigen, schreibt das Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) jährlich den Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ aus. Bundesweit wurden dies Jahr 77 Preistragende ausgewählt. Mit einer per Livestream übertragenen Verleihung wurden am Montag die Gewinner prämiert. BfDT-Beiratsmitglied Michael Breilmann würdigte als Laudator die Projekte. „Ich freue mich über die Fülle an Engagement und Zivilcourage. Dieser Preis macht sichtbar, wie viele Menschen sich jeden Tag für unsere Demokratie einsetzen und mitgestalten. Danke an die vielen Ehrenamtlichen: Mitmachen lohnt sich!“, so Breilmann, der auch Marie Offermanns von der BfDT-Geschäftsstelle für die tolle Moderation dankte. (Bild: privat)

Mehr für die Menschen, weniger für Ministerien

Zum Abschluss der Beratungen zum Haushalt 2022 am Donnerstag im Haushaltsausschuss erklärt CDU-MdB Michael Breilmann: „Wir schnüren ein Entlastungspaket von 40 Mrd. Euro, stellen Steuergerechtigkeit mit der Abschaffung des Solidaritätszuschlags her und senken die Neuverschuldung um 88 Mrd. Euro auf 50,8 Mrd. Euro. Vor dem Hintergrund prognostizierten Mehreinnahmen sollten weitere Entlastungen folgen. Bürger und Unternehmen sind gezielt zu entlasten. Der Staat darf nicht zum Inflationsgewinner werden und Bürger zu Inflationsverlierern machen. Wir sprechen uns für eine pauschale Stelleneinsparung von 1 Prozent aus. Dabei sind Bereiche wie Polizei oder Bevölkerungsschutz ausgenommen. Die Koalition hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt und in den Beratungen über 1.800 neue Stellen geschaffen. Die Ministerien erhalten größtenteils mehr Geld als sie ausgeben können. Die Bildung von Ausgaberechten erschwert die parlamentarische Kontrolle und sorgt für Intransparenz. Diese

Impressum:

Ausgabe Nr. 09 der 20. Wahlperiode
20. Mai 2022
Herausgeber:
Bundestagsbüro M. Breilmann
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-72555
Email:
michael.breilmann@bundestag.de
Redaktion/V.i.S.d.P:
M. Breilmann MdB/Harald Häßler/
M.-L. Rosenberger/R. Hoffmann